

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
194 · Ausgabe CH · Mai 2021
AZB 3001 Bern



Viermal Ja und einmal Nein

Warum es für Klima und Umwelt dringend ein JA zum CO₂-Gesetz und zu den Landwirtschaftsinitiativen braucht. Alle Vorlagen ab Seite 4.

EIN ALTES SP-ANLIEGEN BEKOMMT RÜCKENWIND

Die Unterschriftensammlung für die Individualbesteuerungs-Initiative ist angelaufen. Seite 13

MEHR LEBEN RETTEN MIT ORGANSPENDEN

Der Nationalrat ebnet den Weg für eine gangbare Lösung für mehr Organspenden. Seite 15

Liebe Genossinnen und Genossen und alle dazwischen oder darüber hinaus



Der Abstimmungskampf zum Anti-Terror-Gesetz findet quasi nicht statt, und die Umfrageergebnisse lassen ein strammes Ja erwarten. Kein Wunder: «Anti-Terror» klingt vernünftig. Dass die Polizei bei Verdacht auf terroristische Aktivitäten tätig wird, ist nur richtig. Das ist ihre Aufgabe.

Dass die Polizei aber auf blossen Verdacht hin – ohne Beweise! – Menschen bis zu neun Monate lang unter Hausarrest stellen darf, Melde- und Gesprächsteilnahmepflichten sowie Kontakt- und Ausreiseverbote verfügen kann, verstösst in krasser Weise gegen die Menschenrechte. Die meisten dieser Massnahmen gelten auch für Kinder ab 12 Jahre, Hausarrest

ist ab 15 Jahre möglich. Mit der Annahme des Anti-Terror-Gesetzes würde die Schweiz plötzlich in der gleichen Rechts-Liga spielen wie die Türkei oder China.

Das Problem liegt in der schwammigen Definition einer «terroristischen Aktivität». Es reicht bereits, dass jemand «Furcht und Schrecken verbreitet». Was das heisst, ist unklar. «Mit diesem Gesetz könnten selbst Greta Thunberg oder Christoph Blocher auf Terrorlisten geraten», sagt Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter über Folter.

Wer in Verdacht gerät, ist eine Frage von Willkür und Zeitgeist. Wer hätte es vor dem Fichenskandal für möglich gehalten, dass 800 000 Menschen in der Schweiz bespitzelt wurden – also als «Gefährder» unter Verdacht standen?

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Die Polizei sollte nicht ohne Beweise solche Massnahmen verfügen dürfen. Denn wir müssen davon ausgehen, dass der Staat seine Möglichkeiten nutzen und überwachen wird, wen er kann: auch deine Freund:innen, deine Familie, dich.

Darum: Rede mit Freund:innen, Bekannten und Familie, auf dass sie Nein stimmen zum Anti-Terror-Gesetz.

Solidarische Grüsse
Pia Wildberger

INHALT

Die fünf Vorlagen vom 13. Juni im Überblick:

- 4 Ja zu den Landwirtschaftsvorlagen**
Trotz schweizweit belastetem Trinkwasser und schlechter Umweltbilanz haben sie einen schweren Stand.
- 5 Nein zum neuen Anti-Terror-Gesetz**
Damit könnte gar Greta Thunberg auf Terrorlisten landen.
- 6 Ja zum CO₂-Gesetz**
Die Gegner schüren Ängste – ihre Argumente im Faktencheck.
- 8 Ja zum Covid-Gesetz**
Gemeinsam Erreichtes nicht aufs Spiel setzen!
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Reform des Sexualstrafrechts**
Nur Ja heisst Ja!
- 14 Generalsekretariat**
Die glanzvoll gewählten Co-Generalsekretäre Tom Cassee (neu) und Rebekka Wyler (bisher) im Interview
- 15 Organspende**
Ein gangbarer Weg für mehr Organspenden ist in Reichweite.
- 16 Raus zum 1. Mai**
Mancherorts konnten wir wieder demonstrieren, vielerorts blieb der Tag der Arbeit online.
- 17 Kochen fürs Klima**
«Schnell vegan» mit Sabine Sieber Hirschi vom Alten Steinshof in Sternenberg, ZH
- 18 Neumitglied**
Veryan Thommen kämpft sich ins Berufsleben zurück
- 19 50 Jahre Frauenstimmrecht**
Wir feiern in Unterbäch, VS

Auf zum Klimastreik am 21. Mai!

«Gemeinsam für eine klimagerechte Zukunft» lautete der Titel der Resolution, die an der Delegiertenversammlung klar angenommen wurde. Gemeinsam mit dem «Strike for Future». Denn wir glauben an die Kraft der Veränderungen, die von den Bewegungen der Zivilgesellschaft ausgehen.

Grundlegende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft wurden auch in Vergangenheit nur dann erreicht, wenn linke Parteien Hand in Hand mit Bewegungen gearbeitet haben. Daraus folgert: Ob Grossmutter, Papa, Haustechnikerin oder Student: Nehmt am 21. Mai am «Strike for Future» teil! Die Klimakrise ist die wichtigste Herausforderung unserer Zeit. Die weitere Veränderung unseres Klimas kann nur verhindert werden, wenn der Druck aus der Bevölkerung weiter steigt.

Auf der Website der Klimastreikenden sind für den 21. Mai an vielen Orten unterschiedliche Events angekündigt, sodass der Streik dezentral und gemäss den geltenden Schutzbestimmungen durchgeführt werden kann. Alle Details finden sich unter
→ strikeforfuture.ch/events



Leichte Sprache – auch bei der SP



Politik ist häufig komplex. Und die Sprache, in der darüber informiert wird, ist häufig nicht minder kompliziert. Doch alle Menschen sollen unsere

Anliegen verstehen können, auch bei mangelhaften Sprachkenntnissen oder kognitiven Schwierigkeiten. Fachleute rechnen mit bis zu 20 Prozent der Bevölkerung, die mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Auch sie sollen sich über gesellschaftlich relevante Anliegen informieren und sich eine Meinung bilden können.

Die SP geht daher seit November neue Wege und stellt die Abstimmungsvorlagen auch in Leichter Sprache vor. Ein spezialisiertes Übersetzungsbüro vereinfacht die Texte und Betroffene testen die Verständlichkeit, bevor die Vorlagen online gestellt werden (auch als barrierefreie PDFs). Und die Texte entsprechen einem echten Bedürfnis, wie wir anhand der Seitenaufrufe auf der Website feststellen. Probieren es aus – es ist verblüffend, wie einfach die komplizierte Politik plötzlich daherkommt.

→ sp-ps.ch

Impfstoff für alle!

Impfen hilft! Darum registrieren sich derzeit so viele in der Schweiz für die Covid-Impfungen, dass die entsprechenden Webseiten stundenlang nicht erreichbar sind. Bei Redaktionsschluss hatten sich bereits über 20 Prozent



der Bevölkerung mindestens einmal impfen lassen. Doch in über 100 Ländern sieht es anders aus: Dort wurde keine einzige Impfdosis verabreicht. Weil sich die Menschen dort die Impfung schlicht nicht leisten können.

Es sind die Pharmakonzerne, die bestimmen, wieviel Impfstoff hergestellt wird und wer ihn bekommt – nämlich jene, die dafür bezahlen können. Wir fordern darum, dass die Patente für den Covid-Impfstoff freigegeben werden. Unterstütze diese Forderung hier:

→ patente-freigeben.ch

Es hat genug Ehe für alle!

Die «Ehe für alle» wurde nach sieben Jahren Diskussion in der Wintersession 2020 endlich gutgeheissen. Doch wir hatten uns zu früh gefreut. Rechtskonservative Kreise um EDU und SVP reichten das Referendum ein. Mit der



«Ehe für alle» sollen gleichgeschlechtliche Ehepaare endlich gleichgestellt werden. Weibliche Ehepaare sollen zudem Zugang zur Samenspenden erhalten, und beide Partnerinnen sollen als Mütter anerkannt werden. Die Einführung der «Ehe für alle» ist eine längst fällige Beseitigung der Diskriminierung von gleichgeschlechtlich liebenden Menschen in unserem Land. Die Schaffung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin Unterschiede (beispielsweise in den Bereichen Bürgerrecht, Sozialversicherungen, Samenspende). Diese fassen nicht auf sachlichen Gründen, sondern auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Die «Ehe für alle» kommt voraussichtlich am 27. September 2021 an die Urne. Die Delegierten der SP fassten bereits die Ja-Parole und auch das Kampagnenteam der SP Schweiz ist parat: Zum Auftakt liess das Team eine Baumwolltasche designen, mit der alle ihre Solidarität kundtun können. Sie kann bequem mit dem QR-Code bestellt werden.

Hier Bestellen



«Aufsteller: Günstigere Einbürgerung dank SP

Unter der Federführung der SP der Stadt Luzern wurde – gemeinsam mit den Grünen – ein Vorstoss eingereicht, der nun in Tat umgesetzt ist: Seit Anfang Jahr bezahlen Junge bis 25 Jahre nur noch die kantonalen und eidgenössischen Gebühren, wenn sie sich einbürgern lassen. Anstatt rund 3000 Franken kostet sie die Einbürgerung nun rund 250 Franken. Auch in der Stadt Zürich ist ein ähnliches Begehren überwiesen worden, es ist jedoch noch nicht umgesetzt.



Ja zur Trinkwasser- und zur Pestizidinitiative

DER PESTIZIDCOCKTAIL AUS DER LANDWIRTSCHAFT BEDROHT UNSERE GESUNDHEIT. ÜBER EINE MILLION MENSCHEN IN DER SCHWEIZ MÜSSEN WASSER TRINKEN, BEI DEM DIE GRENZWERTE ÜBERSCHRITTEN SIND. DAS KÖNNEN UND MÜSSEN WIR ÄNDERN.

Es ist höchste Zeit, dass die Schweizer Landwirtschaft auf Nachhaltigkeit umstellt. Der Pestizideinsatz ist so hoch wie in keinem anderen Land ausser den Niederlanden. Eine Million Menschen in der Schweiz trinken Trinkwasser, bei dem die Grenzwerte überschritten werden. Trinkwasserversorger schlagen Alarm. Durchschnittlich sind die Bäche in den Ackerbaugebieten mit 34 Wirkstoffen belastet. Der Pestizidcocktail bedroht unsere Gesundheit und ist für den Rückgang der Artenvielfalt mitverantwortlich. Zwei Drittel der Insektenarten sind während nur einer Generation verloren gegangen.

Die Agrarlobby verhindert ökologische Reformen

Auch der hohe Stickstoffüberschuss von 100 000 Tonnen pro Jahr ist Gift für die Umwelt. Die Hälfte des Schweizer Fleisches und 70 Prozent der Eierproduktion basieren auf Futtermittelimporten. Unsere Böden können diesen hohen Düngerüber-



Martina Munz,
Agronomin ETH und
Nationalrätin SH

schuss schlicht nicht schlucken, und die Landwirtschaft erreicht kein einziges Umweltziel vollständig.

Wir müssen handeln. Und zwar dringend. Aber die Agrarpolitik versagt. Im Bundeshaus werden weder die Interessen der Bevölkerung noch jene der kleinbäuerlichen Landwirtschaft vertreten. Die Agrarlobby, welche gut an Pestiziden, Kunstdüngern und Futtermittelimporten verdient, setzt sich gnadenlos durch. Das Parlament hat dieses Frühjahr die ökologisch ausgerichtete «Agrarpolitik 22+» auf Eis gelegt und damit den ökologischen Umbau unserer Landwirtschaft auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Darum muss die Bevölkerung die dringend nötigen Korrekturen vornehmen und einer nachhaltigen Landwirtschaft endlich zum Durchbruch verhelfen.

Gleich lange Spiesse für alle

Die Pestizidinitiative verbietet grundsätzlich den Einsatz von synthetischen Pestiziden in der Umwelt. Dieses Verbot gilt auch für alle nichtlandwirtschaftlichen Betriebe, die

öffentliche Hand und den Privatgebrauch. Mit einem Importverbot für pestizidhaltige Nahrungsmittel erhält die heimische Landwirtschaft gleich lange Spiesse und wird vor Billigimporten geschützt.

Wir subventionieren die Zerstörung unserer Umwelt

Die Trinkwasserinitiative wählt einen anderen Ansatz. Sie macht Schluss mit der Subventionierung unserer eigenen Umweltverschmutzung. Nur Betriebe, die weder Pestizide noch vorbeugend Antibiotika einsetzen und mit betriebseigenem Futter auskommen, sollen künftig Direktzahlungen erhalten. Damit geht die Trinkwasserinitiative die hohen Futtermittelimporte und den zu hohen Tierbestand an. Die Schweizer Bevölkerung ist bereit, für die Landwirtschaft so viel zu bezahlen wie kein anderes europäisches Land: 7 Milliarden Franken. Davon fliessen 3,5 Milliarden Franken in Direktzahlungen. Statt für Pestizide, Düngemittel und Futtermittelimport soll dieses Geld direkt für die Landwirtschaft ausgegeben werden.

Die Initiativen stellen dafür die Weichen: 2x Ja für unsere Gesundheit, unsere Umwelt und unsere Kinder.



iStock

Nein zum Anti-Terrorgesetz

Mit dem neuen Anti-Terror-Gesetz können Unschuldige eingesperrt werden – auf blossen Verdacht der Polizei hin. Ein Beweis ist nicht nötig. In seiner Härte sucht das «Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus» europaweit seinesgleichen.

Das Anti-Terror-Gesetz:

■ ... schafft die Unschuldsvermutung ab. Wer mutmasslich andere gefährdet, kann ohne Beweise auf blossen Verdacht hin bis zu neun Monate unter Hausarrest gestellt werden. Damit wären wir das erste und einzige westliche Land, das eine solch willkürliche Freiheitsberaubung kennt. Einzige Ausnahme: Die USA mit ihren Gefangenenlagern in Guantanamo.

■ ... verletzt die Menschenrechte. Die Massnahmen im Gesetz werden nicht von einem Gericht, sondern von der Polizei auf blossen Verdacht hin (keine Beweise nötig) angeordnet. Dies verstösst unter anderem gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Über 50 Schweizer Rechtsprofessor:innen haben den Bundesrat eindringlich vor diesen Rechtsverletzungen gewarnt.

■ ... ermöglicht den Freiheitsentzug bei Kindern. Die Massnahmen können gegen Kinder ab 12 Jahre (bei Hausarrest ab 15 Jahre) ausgesprochen werden – ohne ordentliche gerichtliche Anordnung. Das ist ein Verstoss gegen die UN-Kinderrechtskonvention und hat der Schweiz scharfe Kritik der Vereinten Nationen eingebracht.

■ ... ist ein Steilpass für autoritäre Regimes. Die Schweiz schafft mit diesem Gesetz einen Präzedenzfall. Das Gesetz kann von autoritären Regimes als Steilpass aufgenommen werden, um ihrerseits noch repressiver zu agieren. Deshalb hat das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen interveniert und vor diesem Gesetz gewarnt.

Fazit: Das Gesetz opfert den Rechtsstaat und den Schutz der Menschenrechte für die Terrorbekämpfung, ohne dass es der Schweiz mehr Sicherheit bringt. Im Gegenteil: Die Gesetzesvorlage sorgt für Unsicherheit und Willkür. Der Rechtsstaat ist nicht verhandelbar. Das Anti-Terror-Gesetz ist der Schweiz unwürdig.

→ www.menschenrecht-schuetzen.ch

DARUM GEHT ES

Die Pestizid-Initiative will den Einsatz chemischer Pestizide verbieten. Die Trinkwasser-Initiative verlangt, dass Bauernbetriebe nur dann Direktzahlungen erhalten, wenn sie auf vorbeugende Antibiotika und Pestizide verzichten und für die Tierhaltung kein Futter zukaufen.

- Eine Million Menschen in der Schweiz muss Wasser trinken, das mit Pestizidrückständen über den gesetzlichen Grenzwerten verschmutzt ist.
- Rückstände aus Pestiziden belasten das Grundwasser über Jahre und Jahrzehnte.
- Wer chronisch Pestizidrückständen ausgesetzt ist, setzt seine Gesundheit aufs Spiel.
- Der Giftcocktail aus der Landwirtschaft bedroht die Artenvielfalt auf Wiesen, in Bächen und Wäldern. Die Überdüngung ist mitverantwortlich für das Sterben von Insekten und Fischen.
- Wegen übermässigem Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung entstehen antibiotikaresistente Bakterien. Das gefährdet unsere Gesundheit.
- Die Übergangsfrist beträgt acht beziehungsweise zehn Jahre.

- www.2xja.ch
- www.lebenstattgift.ch
- www.initiative-sauberes-trinkwasser.ch

Nein zum Polizeimassnahmegesetz

NEIN ZUM ANGRIFF AUF DIE MENSCHEN RECHTE

Nein am 13. Juni!

Logo: GBCA

Wir brauchen jetzt mehr Klimaschutz!

DIE SCHWEIZ IST VON DER KLIMAKRISE STARK BETROFFEN. DARUM HAT DAS PARLAMENT EIN AUSGEWOGENES, SOZIAL VERTRÄGLICHES UND BREIT ABGESTÜTZTES GESETZ AUSGEARBEITET. DAMIT LÄSST SICH DER AUSSTOSS VON TREIBHAUSGASEN BIS 2030 UM 50 PROZENT REDUZIEREN – EIN ERSTER WICHTIGER SCHRITT HIN ZUR RETTUNG UNSERES KLIMAS.

Das neue CO₂-Gesetz funktioniert nach dem Verursacherprinzip und bewirkt Kostenwahrheit: Es schafft Anreize für nachhaltigeres Wohnen und Leben und macht klimaschädliches Verhalten unattraktiv. Wer sich klimafreundlich verhält, wird belohnt. Wer im normalen Rahmen mit dem Auto unterwegs ist, in einer mittelgrossen Wohnung lebt und nicht mehr als einmal pro Jahr in die Ferien fliegt, profitiert vom neuen Gesetz. 90 Prozent der Schweizer Bevölkerung werden mindestens gleich viel Geld zurückbekommen, wie sie für die Flugticketabgabe ausgeben. Die Rückverteilung erfolgt pro Person. Pro Kind wird gleich viel zurückerstattet wie pro erwachsene Person. Weil Familien nicht zu den Vielfliegern gehören und beim Wohnen einen niedrigen Energieverbrauch pro Kopf haben, profitieren gerade sie von der Rückverteilung.

Profitieren werden besonders die Haushalte mit kleineren Einkommen. Das macht das neue CO₂-Gesetz sozial und familienfreundlich.

Neue Arbeitsplätze schaffen

Die vom Gesetz vorgesehenen Abgaben fliessen nicht in die Staatskasse, sondern kommen alle direkt oder indirekt der Bevölkerung und den Unternehmen zugute: Zwei Drittel der CO₂-Abgabe auf Heizöl und Erdgas sowie die Hälfte der Flugticketabgabe werden direkt rückverteilt. Der Rest fliesst über den Klimafonds an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurück. Mit dem Klimafonds werden klimafreundliche Projekte gefördert. Diese Investitionen schaffen Verdienst in der Schweiz. Damit reduzieren wir die Auslandsabhängigkeit. Denn heute fließen jährlich 8 Milliarden Franken für Öl und Gas aus der Schweiz ins Ausland. Dieses



Gabriela Suter,
Nationalrätin AG

Geld investieren wir besser in neue Technologien und in Gebäudesanierungen. Das schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Schweiz.

Gerechtigkeit schaffen

Wir stossen durch unser Verhalten seit langem x-mal mehr Treibhausgase (rund 14 Tonnen CO₂ pro Jahr und Kopf) aus als die ärmeren Menschen dieser Welt (rund 1 Tonne CO₂/Jahr). Wir bauen unseren Wohlstand auf fossilen Energien. Es darf nicht sein, dass ärmere Länder über einen viel geringeren Entwicklungsspielraum verfügen, nur weil es reiche Länder versäumt haben, rechtzeitig ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Je länger wir mit dem Klimaschutz zuwarten, desto teurer und ungerechter wird es für die nachfolgenden Generationen. Nichts tun kostet mehr! Wir müssen jetzt handeln. Nur so bleibt unser Planet auch für unsere Kinder und Enkelkinder lebenswert.

→ www.klimaschutz-ja.ch



EFFIZIENTERE FAHRZEUGE

Der Verkehr verursacht einen Drittel der in der Schweiz ausgestossenen Treibhausgase. Autoimporteure erhalten Vorgaben, damit sie weniger klimaschädliche Autos auf den Markt bringen.



TREIBSTOFF-ABGABE

Importeure von Benzin und Diesel müssen CO₂-Emissionen teilweise kompensieren. Dies können sie teilweise auf den Benzin- und Dieselpreis überwälzen. Damit die Kosten für die Autofahrer:innen nicht zu sehr steigen, legt das Gesetz eine Obergrenze von 12 Rappen pro Liter fest.



HEIZUNGEN

Auf Öl und Gas wird eine Abgabe erhoben. Beim Ersatz von bestehenden Öl- oder Gasheizungen gilt ein strenger CO₂-Grenzwert. Ab 2023 dürfen in neuen Häusern keine Gasheizungen oder Ölbrenner mehr eingebaut werden.

MASSNAHMEN DES CO₂-GESETZES



FLUGTICKETABGABE

Die Abgabe beträgt pro Person für Kurzstreckenflüge 30 Franken (Hin- und Rückflug), für Langstreckenflüge höchstens 120 Franken.



KLIMAFONDS

Ein Drittel der CO₂-Abgaben und die Hälfte der Flugticketabgabe fliessen in den neuen Klimafonds. So werden Gebäudesanierungen unterstützt und Wärmepumpen gefördert. Es werden klimafreundliche Projekte in Randregionen gefördert.



Christine Goll,
Präsidentin SP 60+

Das CO₂-Gesetz im Faktencheck

Die Gegner:innen des CO₂-Gesetzes, allen voran die Autoimporteure und die Erdöl-Lobby, schüren Angst – nicht etwa vor den Folgen der Klimaerwärmung, sondern vor der Vorlage. Doch stimmen die Behauptungen?



Das CO₂-Gesetz verteuert das Autofahren. Das können sich nur reiche Leute leisten.

Laut Bundesamt für Energie fährt das durchschnittliche Auto pro Jahr 12 500 Kilometer und verbraucht 6 Liter auf 100 Kilometer. Die Importeure könnten den Preis für den Liter Benzin oder Diesel um maximal 12 Rappen pro Liter erhöhen. Bei einem Durchschnittsauto führt dies mit dem neuen CO₂-Gesetz bis 2030 zu Mehrkosten von 80 Franken im Jahr. Die Preisunterschiede zwischen verschiedenen Anbietern, Regionen und Tankstellen liegen schon heute in dieser Grössenordnung. Zudem erhöht sich der Druck auf die Autoimporteure, mehr Elektroautos anzubieten, da die CO₂-Emissionsgrenzwerte für Neuwagenflotten jährlich herabgesetzt werden. Dies erhöht den Anreiz für Autoimporteure, preisgünstigere Elektroautos auf den Markt zu bringen.

Das neue CO₂-Gesetz ist unsozial. Menschen mit einem kleinen Budget werden massiv belastet.

Lenkungsabgaben werden verbrauchsabhängig erhoben. Wer wenig konsumiert und sich umweltfreundlich verhält, bezahlt weniger oder erhält sogar mehr Geld zurück, als Mehrkosten anfallen: Zwei Drittel der CO₂-Abgabe und die Hälfte der Flugticketabgabe werden an die Bevölkerung und an die Wirtschaft

zurückverteilt. Alle Menschen hierzulande (auch Kinder!) erhalten einen Anteil direkt über die Krankenkassenprämie zurückbezahlt. Darum ist das Gesetz familienfreundlich und sozial. Übrigens: Der andere Teil der Abgaben fliesst in den Klimafonds, mit dem zahlreiche Klimamassnahmen zugunsten der Bevölkerung und der Wirtschaft finanziert werden.

Mieter:innen müssen mehr fürs Heizen bezahlen.

In Neubauten dürfen keine Ölbrenner mehr eingebaut werden. In bestehenden Häusern können die Eigentümer:innen ihre Ölheizungen weiterbetreiben. Die CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe kann bis 2030 um maximal 30 Rappen pro Liter ansteigen. Dies verteuert das Heizöl und macht die Umstellung auf klimaverträgliche Heizungen lohnender. Diese sind zwar in der Anschaffung teurer, über die gesamte Lebensdauer gesehen jedoch deutlich günstiger. Der Ersatz einer Heizung darf von Gesetzes wegen nicht auf die Mieter:innen überwältigt werden. Bund und Kantone subventionieren dank dem Klimafonds des CO₂-Gesetzes die wärmetechnische Sanierung von Gebäuden. Dies reduziert den Energieverbrauch der Gebäude. Damit sinken die Nebenkosten für Mieter:innen.

In der grössten Wirtschaftskrise können wir uns ein solches Gesetz nicht leisten.

Klimaschutz kostet – aber kein Klimaschutz kostet noch viel mehr! Die globale Erwärmung ist das drängendste Problem unserer Zeit. Ein Verzicht auf Klimamassnahmen – dazu gehören auch die Lenkungsabgaben – hilft weder der von der Pandemie betroffenen Wirtschaft noch unserem Klima. Das CO₂-Gesetz wird daher auch von Wirtschaftsverbänden unterstützt. Es führt zu dringend benötigten Impulsen für das Gewerbe und zu mehr Investitionen in erneuerbare Energien.

Rauf mit den AHV-Renten!

Bundesbern stellt gerade die Weichen für die Zukunft der Altersvorsorge. Es sieht so aus, als müssten wir bald die Unterschriften für das Referendum gegen die AHV21-Vorlage sammeln. Warum nur ist immer von «Reform» die Rede, wenn Beschlüsse zur laufenden AHV-Revision kommentiert werden?

Die nächste Machtdemonstration der bürgerlichen Mehrheit ist für den 9. Juni im Nationalrat traktandiert. Dann wird über unser wichtigstes Sozialwerk entschieden. Der Ständerat und kürzlich auch die Nationalratskommission haben den künftigen Rentnerinnen und Rentnern bereits den Tarif durchgegeben: In einem ersten Schritt rauf mit dem Rentenalter der Frauen, damit anschliessend das Pensionsalter für alle munter hochgeschraubt werden kann. Damit einhergehend Rentenkürzungen, vorerst für die Frauen. Die AHV soll zudem finanziell ausgehungert werden, indem die notwendige Zusatzfinanzierung verknappt wird. So soll der Druck aufrechterhalten werden, um in Bälde weitere Leistungskürzungen legitimieren zu können.

Von Reformen kann angesichts solcher Vorhaben keine Rede sein. Das ist kalter Sozialabbau. Die SP60+ ist gerüstet: Am 12. Juni, drei Tage nach der Nationalratsdebatte zur AHV, findet unsere Mitgliederkonferenz statt. Haupttraktandum: die Altersvorsorge. Wir sind uns einig: Alle Abbaupläne werden wir vehement bekämpfen. Mehr noch: Wir setzen uns für existenzsichernde AHV-Renten ein, wie es unsere Bundesverfassung seit bald einem halben Jahrhundert vorschreibt. Denn von der AHV-Rente allein kann niemand leben. Allzu viele Menschen müssen das aber, und allzu zahlreich sind auch jene, die mit einer zusätzlichen mickrigen Pensionskassenrente kaum über die Runden kommen. Obwohl die Versicherten immer mehr einzahlen müssen, sind die Renten der 2. Säule seit über zehn Jahren im Sinkflug. Deshalb gibt es für uns nur eines: Rauf mit den AHV-Renten!

Gemeinsam die Krise meistern – Ja zum Covid-Gesetz!



Mattea Meyer, Nationalrätin ZH und Co-Präsidentin SP Schweiz



Jacqueline Badran, Nationalrätin ZH und Vizepräsidentin SP Schweiz

Vor über einem Jahr traf uns die Corona-Pandemie mit grosser Wucht. In den ersten Monaten handelte der Bundesrat aufgrund von Notverordnungen, die zeitlich befristet waren. Darum wurde im Herbst 2020 das Covid-Gesetz demokratisch erlassen. Das Gesetz ist bis Dezember 2021 gültig.

Worum geht es? Den Kern des Gesetzes bilden die wirtschaftlichen Abfederungsmassnahmen für alle direkt und indirekt betroffenen Branchen, von der Gastronomie über die Kultur bis zu den Medien. Die finanzielle Unterstützung ist zentral für die Bekämpfung der Pandemie. Wenn sich Menschen in Existenznot gestützt fühlen, sind sie eher bereit, die gesundheitlichen Massnahmen mitzutragen. Die gesundheitlichen Massnahmen wie Maskenpflicht oder Restaurants-Schliessungen sind ausdrücklich nicht Teil der Vorlage.

Bei der Beratung des Covid-Gesetzes konnte die SP gemeinsam mit den Betroffenen wichtige Erfolge erzielen. Wir haben die Erwerbserersatzentschädigung für Selbstständige und Geschäftsinhaber:innen im Gesetz verankert. Dies verschafft

ihnen weiterhin ein Einkommen. Wir haben die Kurzarbeitsentschädigung auf prekär Beschäftigte ausgeweitet, verlängert und bei den tiefen Einkommen erhöht. Das sichert Zehntausenden einen existenzsichernden Lohn. Wir haben erreicht, dass Erwerbslose länger Arbeitslosengelder erhalten. Und wir haben eine Härtefallregelung durchgebracht. Diese erlaubt den betroffenen Restaurants, Fitnesszentren, Kulturlokalen, Reisebüros und Co., einen Teil ihrer Fixkosten zu decken.

Konkurse verhindern

All diese Massnahmen haben ein Ziel: Konkurse verhindern, Arbeits-

plätze erhalten und Existenzen sichern. Alle von Schliessungen und Einschränkungen betroffenen Betriebe leisten damit einen Dienst an der Gesellschaft. Nur gemeinsam können wir diese Krise meistern. Das kommt auch dem Gesundheitspersonal zugute, das seit über einem Jahr bis zur Erschöpfung arbeitet – für die Gesundheit von uns allen. Bei einem Nein zum Covid-Gesetz würden unsinnigerweise alle diese Errungenschaften und Unterstützungsleistungen per Ende September eingestellt.

Genau deshalb braucht es ein Ja zum Covid-Gesetz!

DARUM GEHT ES

Der Bundesrat beschloss eine Reihe von Massnahmen, um die Folgen der Coronakrise abzufedern. Dazu musste er auf Notrecht zurückgreifen. Das ist so in der Verfassung vorgesehen. Das Notrecht ist jedoch auf sechs Monate befristet. Damit die Massnahmen weitergeführt werden können, haben Bundesrat und Parlament das Covid-19-Gesetz erarbeitet. Das Parlament hat das Gesetz Ende September im dringlichen Verfahren beschlossen und sofort in Kraft gesetzt. Es läuft Ende Jahr aus.

Nur mit einem JA

- Bleiben Härtefall-Hilfen bestehen
- Werden Kurzarbeitsentschädigungen bezahlt
- Gibt es die Covid-19-Kredite weiterhin

Das Covid-Gesetz regelt keine gesundheitlichen Massnahmen wie Maskenpflicht und dergleichen. Diese Massnahmen beschliesst der Bundesrat aufgrund des Epidemiengesetzes, das vom Volk 2013 mit grossem Mehr angenommen wurde.

13. Juni 2021
ja
zum
Covid-19-
Gesetz

—
ja zu Kurzarbeitsentschädigung
ja zu Härtefallhilfen
ja zu Covid-19-Krediten
→ **Gemeinsam Erreichtes nicht aufs Spiel setzen.**

Grüne | SP | GLP | EVP | Die Mitte | FDP | Die Liberalen

Atelier Lapiazulli/Bern



«Viele Menschen haben unter den geschlossenen Gastrobetrieben gelitten»

DOMINIK MEYER (48) FÜHRT ZUSAMMEN MIT SEINER FRAU FIONA MEYER (44) DIE «MEYER. KULTURBEIZ.» AM BUNDESPLATZ IN LUZERN. SIE WOHNEN IN NEUENKIRCH UND SIND BEIDE MITGLIEDER DER SP. «LINKS.LU» WOLLTE VON DOMINIK WISSEN, WIE ES IHNEN ALS GASTWIRTE IN ZEITEN DER PANDEMIE ERGANGEN IST UND WIE ER IN DIE ZUKUNFT BLICKT. Interview: Sebastian Dissler

Gastronom*innen, die auf eine möglichst schnelle Öffnung pochen: Dieses Bild wurde in den Medien im zweiten Lockdown oft vermittelt. Du, lieber Domi, hast dich in den sozialen Medien differenzierter geäußert. Kannst du unseren Leser*innen eure Haltung erläutern.

Wir, und viele andere Gastronom*innen, waren nie für eine schnelle Öffnung, solange es die epidemiologische Lage nicht zulässt und nur die Terrassen geöffnet werden dürfen. Das Drängen der Wirtschaftsverbände, insbesondere des Gastroverbandes, empfinde ich als eher peinliche Zwängerei. Der Bundesrat und das Parlament haben unsere Branche von Anfang an auf dem Radar gehabt und entsprechende Hilfspakete geschnürt, dafür bin ich sehr dankbar.

Die Pandemie und die damit verbundene Krise dauert nun schon ein Jahr an. Wie beurteilst du die Arbeit der Politik aus Gastro-Perspektive?

Grundsätzlich bin ich mit den meisten Entscheidungen einverstanden. Dennoch gibt es leider Branchen, welche zu wenig Beachtung und somit zu wenig finanzielle Unterstützung bekommen.

Zudem hat der Bundesrat zu Beginn der zweiten Welle zu lange gezögert und das Heft aus der Hand gegeben. Das fand ich sehr bedauerlich, da man ja sehr schnell feststellen konnte, dass die Kantone mit dem Krisenmanagement überfordert waren. Zum Glück hat der Bundesrat dann aber doch noch entschlossen reagiert und die Kontrolle wieder übernommen. Meines Erachtens stösst unsere Demokratie und insbesondere der Föderalismus bei einer Krise wie dieser an seine Grenzen. Krisenmanagement ist immer Chef*innen-Sache. Es sind zu viele Einflüsterinnen, Experten und vor allem Druck ausübende Wirtschaftsverbände da, welche es dem Bundesrat sehr schwer machten und machen, eine klare Linie in der Bekämpfung der Pandemie zu verfolgen.

Mit den Unterstützungsmassnahmen bin ich grundsätzlich sehr zufrieden. Die Schwierigkeit war, den Überblick zu behalten, da die Spielregeln ständig änderten. Unsere Branche wurde sehr gut aufgefangen und unterstützt. Inzwischen funktionieren für einen Betrieb in unserer Grösse die Hilfsmassnahmen bis dato einwandfrei.

Was das Contact-Tracing anbelangt, hat die Politik meiner Meinung nach sehr be-

scheiden agiert. Die SwissCovidApp scheint überhaupt nicht zu funktionieren, und vor allem hätte man sehr viel Zeit gehabt, eine App zu entwickeln, welche landesweit sämtliche Gastrobetriebe und Veranstalter zur Registrierung ihrer Gäste hätten nutzen können. Leider ist es nun so, dass jeder Betrieb die Registrierung selber, entweder mit einer App oder auf Papier, organisieren muss. Das wäre nicht nötig gewesen und ist nicht sehr angenehm für die Gäste oder Konzertbesucher*innen.

Seit drei Wochen sind nun die Terrassen wieder offen, auch bei euch kann man wieder draussen ein Bier trinken. Lohnt sich dieser Schritt für euch? Wie geht es weiter?

Ob sich dieser Schritt lohnt oder nicht, ist für uns im Moment nicht die zentrale Frage. Es war für uns klar, dass wir, sobald man wieder darf, die Terrasse für unsere Gäste öffnen werden. Viele Menschen haben unter den geschlossenen Gastwirtschaftsbetrieben gelitten und waren sehr einsam. Mit dem Öffnen der Terrassen kommt wieder ein Stück Normalität zurück, was für viele von grosser Wichtigkeit ist. Es ist klar, dass in unserem Fall die Terrasse nicht reicht, um kostendeckend zu wirtschaften. Ich hoffe ganz fest, dass in Bälde alle Impfwilligen geimpft sind und wir spätestens im Herbst 2021 wieder einigermassen normal arbeiten können.

Wie wünschen euch auf jeden Fall alles gute für die Zukunft!



2021 – Ein feministisches Jubiläumsjahr

Im Jahr 2021 fallen gleich mehrere Jubiläen der feministischen Bewegung zusammen. Vor 50 Jahren, am 7. Februar 1971, wurde das nationale Stimm- und Wahlrecht für die Frau eingeführt. Zehn Jahre später, 1981, kam die Gleichstellung von Frau und Mann in die Bundesverfassung. Aber auch mit dem Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung ging die soziale und ökonomische Gleichstellung viel zu schleppend voran. Deshalb gingen am 14. Juni 1991, genau vor 30 Jahren, schweizweit Frauen unter dem Motto «Wenn Frau will, steht alles still» auf die Strasse und forderten die effektive Umsetzung des Gleichstellungsartikels. Heute, im Jahr 2021, ist die feministische Bewegung aktiver denn je und fordert Chancengleichheit, Anerkennung und Respekt für alle Geschlechter. Sie fordert unermüdlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie die Anerkennung und Entlohnung der im Moment noch unbezahlten Care-Arbeit.

Ein Blick zurück

Um das historische Ereignis, die Einführung des nationalen Frauenstimmrechts, gebührend zu feiern, haben wir am 6. Februar 2021 eine Podiumsdiskussion mit Filmausschnitten des Films «die Göttliche Ordnung» organisiert. Der Anlass war ein voller Erfolg, rund 160 Menschen verfolgten den Stream. Auf dem Podium diskutierten die ehemalige SP-Nationalrätin und Zeitzeugin Susanne Leutenegger Oberholzer, Juso-Präsidentin

Ronja Jansen und die Geschichtspräsidentin der Universität Basel Caroline Arni über die Geschehnisse von damals. Aber nicht nur die Geschehnisse von damals waren Thema, es wurde auch über die Auswirkungen der politischen Mitsprache der Frauen und die feministische Agenda von heute diskutiert.

Was steht an?

Wagen wir einen Blick in die Zukunft, denn es gibt, neben dem vielen Unabwägbar, durchaus auch Sicherheiten. Sicher ist, wir werden am 14. Juni wieder gemeinsam auf die Strasse gehen und zusammen ein Zeichen setzen, in welcher Form auch immer. Die Planung ist im Gange, wir werden euch bald in unsere Pläne einweihen. Ebenfalls sicher ist, dass im Moment auch gute Ausstellungen besucht werden können. So lohnt sich unter anderem ein Besuch im Historischen Museum, wo die Ausstellung «Frauen ins Bundeshaus!» zu besichtigen ist.

Sicher ist weiter, dass wir noch lange über Frauenrechte sprechen und schreiben werden, denn sie sind noch immer keine Selbstverständlichkeit; weltweit nicht und auch in der Schweiz nicht. Wir werden in den nächsten Jahren für die Individualbesteuerung kämpfen, uns dafür einsetzen, dass Frauen endlich höhere und faire Renten kriegen (erst dann sind wir bereit für die Erhöhung des Rentenalters), dass das Sexualstrafrecht endlich revidiert wird und die unbezahlte Care-Arbeit monetär entschädigt wird. Zu

guter Letzt setzen wir uns auch dafür ein, dass die Wirtschaft in die Verantwortung genommen wird und flexible Arbeitsmodelle entstehen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle eine Realität wird. Wir bleiben am Ball und wünschen euch ein spannendes Frauenjahr!

SP Frauen Kanton Bern
Niamh Oeri und Kornelia Hässig



INITIATIVE «GEBÜHRENFREIE KINDERBETREUUNG FÜR ALLE FAMILIEN»

Volksschule erweitern – Service Public stärken

WIR HABEN IDEEN GESAMMELT, EIN ÖFFENTLICHES RATING DURCHFÜHRT, EINEN INITIATIVTEXT FORMULIERT – NUN SIND WIR SO WEIT: WIR LANCIEREN UNSERE INITIATIVE «GEBÜHRENFREIE KINDERBETREUUNG FÜR ALLE FAMILIEN».



Mit einer gebührenfreien Kinderbetreuung wollen wir in die Zukunft unserer Kinder investieren und das Baselbiet als Wohnort für Familien attraktiver machen. Und weil die Entwicklung und Bildung unserer Kinder auch für die Gesellschaft als Ganzes enorm wichtig ist, ist für uns klar, dass Kinderbetreuung zur Grundversorgung gehört und als Teil des Service Public angesehen werden muss. Auch diesem Umstand wollen wir mit unserer Initiative Rechnung tragen.

Volksschule erweitern

Kinderbetreuung ist wie die Bildung in der Volksschule eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die familienergänzende Kinderbetreuung soll deshalb analog der obligatorischen Schule gebührenfrei und für alle zugänglich sein. Kitas, Tagesfamilien und Spielgruppen sollen wie Kindergärten und Primarschulen durch die Allgemeinheit finanziert werden. Dadurch sollen das Bildungsangebot erweitert und die Chancengerechtigkeit gestärkt werden.

Gleichstellung fördern

Heute sind es vor allem die Frauen, die sich um die Betreuungs- und Sorgearbeit kümmern. Mit der Einführung einer gebührenfreien Kinderbetreuung können wir dieses Muster aufbrechen. Die Elternteile können dann unabhängig vom Einkommen entscheiden, wie sie Betreuungs- und Erwerbsarbeit aufteilen wollen. Dadurch wird die Gleichstellung gestärkt.

Zudem werden Familien mit tiefem und mittlerem Einkommen entlastet. Für sie ist die familienergänzende Kinderbetreuung aktuell wegen der hohen Betreuungsgebühren entweder zu teuer oder nicht lohnend, was oft darauf hinausläuft, dass Frauen auf ihre Karriere verzichten müssen. Dies wiederum führt dazu, dass viel Fachwissen brachliegt und qualifizierte Frauen auf dem Arbeitsmarkt fehlen.

Kosten gerecht verteilen

Die Kosten für die Kinderbetreuung werden heute von denen getragen, die die Kinderbetreuung übernehmen – zumeist sind dies Frauen. Weil sie zeitweise auf eine Erwerbsarbeit verzichten, um unbezahlte Erziehungs- und Betreuungsarbeit zu leisten, haben sie im Durchschnitt eine um über einen Drittel tiefere Rente. Das führt dazu, dass 11 Prozent aller Frauen direkt beim Renteneintritt auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Und auch im Rentenalter leisten sie als Grosseltern nochmals einen wichtigen – aber wiederum unbezahlten – Beitrag zur Kinderbetreuung: Ein Drittel aller Kinder unter 13 Jahren wird durch die Grosseltern betreut, pro Jahr werden so 160 Millionen Stunden unbezahlte Sorgearbeit geleistet.

Dem Service Public kommt in unserer Gesellschaft eine wichtige Funktion zu. Wir erwarten ihn in steter und guter Qualität. Sei es bei der Post, bei der Kommunikation oder beim öffentlichen Verkehr. Genauso wichtig sollte uns eine stete und gute Qualität bei



Miriam Locher,
Parteilpräsidentin SP BL

der Kinderbetreuung sein, denn dabei geht es um unsere Zukunft. Die Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist – genau wie jene der Volksschule – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und soll solidarisch über das progressive Steuersystem erfolgen. Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive lohnt sich dies allemal, denn der ökonomische Nutzen eines Kita-Platzes ist dreimal so gross wie die dadurch anfallenden Kosten.

Familien stärken

Ein weiterer Vorteil einer gebührenfreien Kinderbetreuung ist, dass sie den Lebensrealitäten von heute gerecht wird. Eltern wollen Beruf und Familie vereinbaren können. Zudem werden die Menschen immer mobiler und immer mehr Eltern können bei der Betreuung ihrer Kinder nicht auf die Grosseltern zählen. Wollen beide Elternteile erwerbstätig bleiben oder reicht der Lohn des einen nicht aus, so sind Familien genauso auf qualitativ hochstehende und gebührenfreie Kinderbetreuungsangebote angewiesen wie alleinerziehende erwerbstätige Eltern. Damit eine Familie nicht zum Armutsrisiko oder zum Privileg wird, müssen wir die familienergänzende Kinderbetreuung als Service Public organisieren.

ANMELDUNG SAMMEL-SAMSTAG

Wer sich noch nicht für den Sammel-Samstag angemeldet hat, der oder die kann dies auf www.kinderbetreuung-fuer-alle.ch nachholen oder einfach eine Mail schreiben an info@sp-bl.ch. Jede Hilfe beim Sammeln ist willkommen!

AUS DEM LANDRAT

Tagesschulen und Tagesstrukturen

Am 11. März haben Miriam Locher, Roman Brunner, Jan Kirchmayr und ich für die SP-Fraktion im Landrat zwei Motionen und zwei Postulate zu Tagesschulen und Tagesstrukturen in der Volksschule unseres Kantons eingereicht. Ganz im Sinne von «für alle statt für wenige» und auch von «Zukunft statt Abbau» geht es dabei darum, Chancengerechtigkeit in der Bildung herzustellen und weniger gut Verdienende so zu unterstützen, dass sie mit dem Lohn ihrer eigenen Arbeit leben können.

Auch im Jahr 2021 ist es noch so, dass das Umfeld der Familie und deren Lebensumstände bei vielen Kindern über Erfolg oder Misserfolg auf dem Bildungsweg entscheiden. Viele Eltern können ihre Kinder schulisch nur wenig oder nicht fördern. So können viele Eltern ihren

Kindern weder bei Schwierigkeiten mit Hausaufgaben helfen, noch sind sie in der Lage, ihnen durch zusätzlichen bezahlten Nachhilfeunterricht Unterstützung zu bieten. Schulische Förderung und Unterstützung sind, wie es der Name sagt, ausdrücklich Aufgaben der Schule und nicht der Eltern. Tagesschulen bieten eine umfassende pädagogische Förderung aller Kinder, Hausaufgaben sind nicht mehr nötig.

In Ergänzung zu Tagesschulen bieten Schulen mit Tagesstrukturen eine Betreuung von Kindern ausserhalb des Unterrichts auf freiwilliger Basis an. Davon profitieren vor allem Eltern und Alleinerziehende, welche sich private Betreuung nicht leisten können oder über kein tragfähiges familiäres Betreuungsnetz verfügen. Der Armutsbericht vom Juni 2020



Ernst Schürch, Landrat SP

zeigt auf, dass rund 30 Prozent der Bevölkerung unseres Kantons ohne Sozialtransfers wie zum Beispiel Verbilligung der Krankenkassenprämien oder Sozialhilfe von Armut betroffen wären. Trotz dieser Massnahmen zählen immer noch knapp 9 Prozent der Bevölkerung zu den sogenannten Working Poor. Damit sind Menschen gemeint, die nicht von ihrer Arbeit leben können. Durch die Einrichtung von Tagesstrukturen werden diese Menschen und ihre Familien (inklusive Grosseeltern) entlastet und es wird möglich, mehr ausserhalb des Haushalts zu arbeiten und damit auch mehr zu verdienen. Dadurch werden deutlich weniger Menschen von Armut betroffen sein, Unternehmen werden genügend Arbeitskräfte finden und es werden auch mehr Steuern eingenommen.

AUS DEM GROSSEN RAT

4200 Ladestationen für Basel

DIE ELEKTROMOBILITÄT IST EINE SCHLÜSSELTECHNOLOGIE FÜR DIE EMISSIONSFREIE MOBILITÄT, WIE SIE DIE BASLER STIMMBEVÖLKERUNG BIS SPÄTESTENS 2050 WILL. EINE FLÄCHENDECKENDE UND ZUVERLÄSSIGE LADEINFRASTRUKTUR IST ELEMENTAR FÜR DEN ENTSCHEID, VON EINEM BENZIN- AUF EIN E-AUTO UMZUSTEIGEN. IN SEINER APRIL-SITZUNG HAT NUN DER GROSSE RAT EINEM WEGWEISENDEN E-MOBILITÄTS-PAKET DER UMWELT-, VERKEHRS- UND ENERGIEKOMMISSION (UVEK) ZUGESTIMMT, WELCHES VON DER SP-DELEGATION IN DER UVEK MASSGEBLICH MITGESTALTET WURDE.

Rascher Ausbau mit Fokus auf Parkings und private Parkplätze

Die vom Grossen Rat überwiesene Kommissionsmotion der UVEK fordert neben den vom Regierungsrat vorgeschlagenen 200 neuen Ladestationen in der Blauen Zone zusätzlich 2000 Ladestationen in Parkhäusern sowie ein Förderprogramm für weitere 2000 Ladestationen auf privatem Grund. Dies macht gleich doppelt Sinn: Die Kosten sind so signifikant tiefer und es besteht ein weiterer Anreiz, im Untergrund beziehungsweise privat zu parkieren, womit die Allmend entlastet wird.

Der regierungsrätliche Ratschlag hatte vorgesehen, die Ladestationen zu einem grossen Teil mit Steuergel-

dern zu finanzieren. Dies stiess von links bis rechts auf Widerstand.

Knacknuss Finanzierung

Der Vorschlag der UVEK sieht nun vor, dass die Finanzierung über einen neuen Elektromobilitäts-Stromtarif verursachergerecht erfolgt. Personen und Firmen, welche ihre Mobilitätsbedürfnisse ohne Auto befriedigen, müssen so keine Auto-Infrastruktur mitbezahlen.

Weniger Autos als langfristiges Ziel

Das E-Mobilitäts-Paket der UVEK definiert auch eine Reihe von Grundsätzen zur Elektromobilität. Diese stellen sicher, dass die För-



Daniel Sägeser, Grossrat

derung von Elektromobilität nicht zum 1:1-Ersatz des heutigen Autobestandes oder sogar zu einer Erhöhung führt. Ausdrückliches Ziel des Pakets ist eine Anpassung des Verkehrs an heutige Ansprüche des Zusammenlebens und der Mobilität auf engem Raum.

Breite Unterstützung

Besonders erfreulich ist die breite Abstützung, welche wir durch eine intensive Kommissionsarbeit erlangen konnten. Hinter dem UVEK-Paket standen SP, Grüne, GLP, FDP und die Mehrheit von Mitte/EVP. Abgelehnt haben lediglich SVP, LDP und BastA! So hat eine grosse Mehrheit im Grossen Rat dem Ausbau der E-Mobilität zugestimmt.



Nur Ja heisst Ja!

10 000 PERSONEN FORDERN FÜR DIE LAUFENDE REVISION DES SEXUALSTRAFRECHTS EINE NEUDEFINITION DES BEGRIFFS DER VERGEWALTIGUNG. DENN «NUR JA HEISST JA»: JEDE SEXUELLE HANDLUNG OHNE ZUSTIMMUNG SOLL ALS VERGEWALTIGUNG ANERKANNT WERDEN, UNABHÄNGIG VON GESCHLECHT UND KÖRPER DER BETROFFENEN PERSON. Chiara Horber, SP Frauen*

Der Gesetzesentwurf, den die zuständige Kommission des Ständerats in die Vernehmlassung schickte, ist mutlos und ungenügend.

Heute gilt als Vergewaltigung einzig das vaginale Eindringen bei einer Person weiblichen Geschlechts, wenn es gegen deren Willen erfolgt. Und dies auch nur dann, wenn sie durch physische Gewalt oder Drohung dazu gezwungen wurde (Art. 190 Strafgesetzbuch).

Fragwürdig ist darüber hinaus, dass Vergewaltigung im Gesetzesentwurf weiterhin über Zwang definiert wird. Dies vermittelt den Opfern, dass sie die Tat durch Widerstand hätten verhindern können. Doch die natürliche körperliche Reaktion bei sexualisierter Gewalt ist eine Art Schockzustand. Die Betroffenen können sich gar nicht weh-

ren, sind aber dennoch Opfer! Sex braucht immer die Zustimmung aller Beteiligten. Kurz: Nur Ja heisst Ja! Der Gesetzesentwurf geht nun zurück an die zuständige Kommission. Wir werden weiterkämpfen, bis das Sexualstrafrecht nicht mehr das Patriarchat, sondern unsere sexuelle Selbstbestimmung schützt.



Möchtest du die Kampagne unterstützen? Bestelle den Schlüsselanhänger «Consent is key» im Design des Vollgas Studios unter www.sp-ps.ch/de/schluesel-anhaenger-nur-ja-heisst-ja

Individualbesteuerung: Ein altes SP-Anliegen bekommt Unterstützung

FRAUEN SIND HEUTE HÄUFIGER AUSSER HAUS TÄTIG ALS FRÜHER, SIE VERDIENEN MEHR GELD UND SIND BESSER AUSGEBILDET. DOCH EINES IST GLEICH GEBLIEBEN: DAS FRAUENFEINDLICHE STEUERSYSTEM. ES BRAUCHT DRINGEND EINE ANPASSUNG. Eva Herzog, Ständerätin BS

Die Frauen sind ökonomisch unabhängiger geworden und haben besseren Zugang zu Aus- und Weiterbildung. Und trotzdem scheiden sie häufig in der Familienphase aus dem Erwerbsleben aus oder reduzieren ihr Pensum massiv. Das ist einerseits auf das mangelhafte Angebot an Betreuungsplätzen, andererseits auf falsche Anreize bei der Besteuerung zurückzuführen. Das Steuersys-

tem in der Schweiz ist frauenfeindlich und braucht dringend eine Anpassung.

Avenir Suisse untersuchte acht Alternativen zur Behebung der Schwächen dieses Steuersystems. Die Individualbesteuerung setzt danach die besten Anreize für die berufliche Tätigkeit von Zweitverdienenden. Das sind meistens Frauen.

Bezahlbare Kitas müssen her!

Aus sozialdemokratischer Sicht sind drei Aspekte entscheidend, damit die Einführung der Individualbesteuerung gelingt: Erstens müssen genügend bezahlbare Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sein. Mehr Erwerbsarbeit ist für Eltern nur möglich, wenn die Betreuung der Kinder gesichert ist.

Zweitens muss die Progression der direkten Bundessteuer beibehalten werden. Drittens haben Projekte zum Steuerabbau, etwa die Abschaffung der Stempelsteuer, klar zurückzustehen.

Unser Steuersystem sollte endlich die Realität des 21. Jahrhunderts widerspiegeln. Mit Frauen, die auch finanziell auf eigenen Beinen stehen, die ihre Ausbildung nutzen können und die in der Lage sind, für den Fall einer Scheidung und für das Alter eigenständig vorzusorgen. Der Wechsel zur Individualbesteuerung bietet dafür die besten Voraussetzungen.

Mehr Infos und Unterschriftenbogen: sp-ps.ch/de/initiative-fuer-individualbesteuerung

«Wie wir Menschen für Politik begeistern können»

AN DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 8. MAI WÄHLTEN DIE DELEGIERTEN DAS NEUE DUO AN DER SPITZE DES GENERALSEKRETARIATS: REBEKKA WYLER (BISHER) UND TOM CASSEE (NEU).

Wie stellt ihr euch als Co-Generalsekretariat die Zusammenarbeit vor?

Rebekka: Wir haben abgemacht, dass Tom erst mal ankommt und schaut, was zu tun ist, bevor wir uns die Arbeit aufteilen. Vor Arbeitsbeginn ist es schwierig, sich vorzustellen, wie alles abläuft. Damit wir eine gewisse «Austauschbarkeit» erreichen, werden wir auch vieles gemeinsam machen.

Kennt ihr euch gut?

Tom: Wir haben uns vor ungefähr 25 Jahren in der JUSO kennengelernt und sind uns immer wieder begegnet. Wir haben aber bis jetzt noch nie beruflich zusammengearbeitet.

Rebekka: Ich erinnere mich an Plakataktionen um vier morgens in Zürich und danach Gschwelli mit Chäs in Toms WG ...

Tom, du bist neu im Job, Rebekka ist schon drei Jahre dabei. Wo siehst du dich?

Tom: Ich habe viele Kampagnen mitkonzipiert und mitgeleitet, zum Beispiel die Konzernverantwortungsinitiative. Da bringe ich viel Know-how mit. Im Kern geht es immer um die Frage, wie wir Menschen für die Politik begeistern und gemeinsam Politik machen können. Die Stärke der SP sind unsere mehr als 33 000 Mitglie-

der – all die Menschen, die etwas verändern wollen.

Wie seht ihr unser Verhältnis zu den Grünen?

Rebekka: Die SP und die Grünen stimmen in den allermeisten politischen Fragen überein. Deshalb sehe ich uns als natürliche Allianzpartner und weniger als Konkurrenz.

Tom: Es gibt den Rechtsblock mit der SVP, den Mitte-Block und den linken Block. Da stellt sich die Frage, wer der stärkste Block ist. Diese Kräfte geben im Land den Ton an und da ist es unser Ziel, dass das linke Drittel grösser wird. Das geht nur mit den Grünen.

Was macht ihr, wenn ihr nicht politisiert?

Rebekka: Kochen! Mit 16 wollte ich eine Kochlehre machen. Ich bin dann aber im Archivwesen gelandet – und vor drei Jahren bei der Partei.

Tom: Ich wandere sehr gerne in den Bergen. Im Tiefland bin ich ein Nateljunkie, und da ist es gut, auch mal keinen Empfang zu haben.

Hast du einen Wandertipp?

Tom: Eine mehrtägige Wanderung von Graubünden durchs Tessin ins Walliser Binntal, über Italien, ist wunderschön.

Ciao Carlo

Der langjährige Co-Präsident der SP60+, Carlo Lepori, tritt an der nächsten Mitgliederversammlung vom 12. Juni zurück.



Der Abschied von «meinem» Co-Präsidenten Carlo Lepori, nach nur einem halben Jahr sehr erfreulicher und produktiver Zusammenarbeit, fällt mir schwer. Besonders geschätzt habe ich seine besonnene und vorausschauende Arbeitsweise und seine menschlichen Qualitäten. Die SP60+ verliert mit Carlo ein Stück ihres historischen Gedächtnisses. Sein Rücktritt ist jedoch keine Überraschung: Er hatte seine Absichten lange vor meiner Wahl im vergangenen November angekündigt.

Ich lasse ihn ungern ziehen, verstehe aber sehr gut, dass er nach fast zehn Jahren im Präsidium, in denen er zusammen mit Marianne de Mestral massgeblich am Aufbau der SP60+ beteiligt war und eine Struktur-Reform mitgeprägt hat, wieder mehr Zeit für seine Familie und seine zahlreichen Interessen haben möchte.

Marianne erinnert sich: «Die Zusammenarbeit im Co-Präsidium mit Carlo Lepori war in jedem Bereich – politisch, arbeitsmässig und persönlich – beispielhaft gelebte Solidarität.» Dem kann ich mich nur anschliessen. Grazie mille, lieber Carlo, für dein unermüdetes Engagement! Wir hoffen, dass wir dich weiterhin an politischen Versammlungen antreffen werden.

Christine Goll, Co-Präsidentin SP 60+

Mehr Menschen mit Organspenden retten

IMMER MEHR MENSCHEN WARTEN AUF EIN PASSENDES ORGAN, UND SIE WARTEN IMMER LÄNGER. GLEICHZEITIG SAGT EINE ÜBERWIEGENDE MEHRHEIT DER BEVÖLKERUNG JA ZUR ORGANSPENDE. DER NATIONALRAT HAT DAHER EINEN WEG GESUCHT, UM DIE ZAHL DER ORGANSPENDEN ZU ERHÖHEN. FINDET DIESE LÖSUNG ANKLANG, IST DIE ORGANSPENDE-INITIATIVE VOM TISCH.

«Rede über Organspende – deinen Liebsten zuliebe.» Mit Broschüren und TV-Spots animiert das Bundesamt für Gesundheit seit Jahren die Bevölkerung, sich mit der Organspende auseinander zu setzen. Dennoch haben nur knapp 100 000 Menschen ihren Willen im nationalen Register hinterlegt, was rund einem Prozent der Bevölkerung entspricht. Gleichzeitig belegen Umfragen regelmässig, dass die Spendenbereitschaft der Bevölkerung sehr hoch ist. Bis zu 80 Prozent würden ihre Organe spenden.

Organe retten Leben, aber in der Schweiz fehlen lebensrettende Organe. 2019 warteten über mindestens 1415 Menschen auf ein passendes Organ, darunter auch Kinder. Im gleichen Zeitraum starben 46 Menschen wegen fehlender Organspenden. Die Situation verschlechtert sich zusehends. 2020 lag die Zahl der Organspender:innen (146) rund 7 Prozent unter jener des Vorjahrs. Die Warteliste wird länger, die Wartezeit auch. Für die betroffenen Menschen und ihre Angehörigen ist das eine sehr belastende Situation.

Tragfähiger Gegenvorschlag

Haben Verstorbene ihren Willen nicht festgehalten, müssen heute die Angehörigen an ihrer Stelle über die Organspende entscheiden (Zu-



Flavia Wasserfallen,
Nationalrätin BE

stimmungsregel). Unter Schock und in Trauer entscheiden sich die Angehörigen in drei von fünf Fällen gegen eine Organentnahme. Mit Blick auf die hohe Spendenbereitschaft bedeutet dies, dass Organentnahmen vielfach abgelehnt werden, obwohl die verstorbene Person einverstanden gewesen wäre.

Länder wie Italien, Frankreich, England oder die Niederlande kennen die Widerspruchsregel: Alle werden Organspender:innen, sofern sie nicht zu Lebzeiten ihren Widerspruch äussern. Dies führt zu einer höheren Spendenrate. Daher fordert die Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» diesen Systemwechsel auch für die Schweiz.

Eine gute Nachricht

Der Nationalrat hat sich in der Sondersession sehr deutlich für eine erweiterte Umsetzung dieser Regel entschieden und damit den indirekten Gegenvorschlag gestützt: Wer nach dem Tod keine Organe spenden möchte, soll dies neu festhalten müssen. Liegt kein dokumentierter Wille der verstorbenen Person vor, können die nächsten Angehörigen Widerspruch einlegen.

Der Unterschied zur heute geltenden Regelung ist psychologischer Natur: Die Angehörigen werden in einer bereits sehr schwierigen Si-

tuation entlastet. Es macht einen Unterschied, ob Hinterbliebene anstelle der verstorbenen Person der Organentnahme aktiv zustimmen müssen (heutige Zustimmungsregel) oder ob sie gegen die zulässige Entnahme ein Veto einlegen können (künftige erweiterte Widerspruchsregel).

Der Nationalrat zeigt mit diesem Gegenvorschlag einen Weg auf, der die Spendenrate erhöhen und Menschenleben retten kann. Er ebnet auch den Weg für den Rückzug der Volksinitiative. Für alle, die auf ein lebensrettendes Organ warten, ist dies eine gute Nachricht.

Organspende Ja oder Nein? Deinen Willen kannst du einfach und sicher festhalten und auch jederzeit ändern. Jetzt registrieren auf

→ swisstransplant.org

Raus zum 1. Mai!

Gerade in der Pandemie zeigt sich, wie die kapitalistische Wirtschaftsweise viele Verlierer:innen schafft. Benachteiligte und Menschen mit tiefen Einkommen landen doppelt so häufig mit einem schweren Covid-Verlauf auf der Intensivstation wie die zehn reichsten Prozent der Schweizerinnen und Schweizer, die in grosszügigen Wohnungen leben und im Homeoffice arbeiten. Auch wirtschaftlich ist die Sache klar: Arbeitnehmende mit Einkommen bis 4000 Franken müssen sich in der Pandemie im Durchschnitt 20 Prozent des Einkommens ans Bein streichen. Haushalte mit einem Einkommen von über 16 000 Franken hingegen müssen «bloss» eine Einbusse von 8 Prozent hinnehmen. Geradezu grotesk mutet es an, wenn die Superreichen dieser Welt, die Gates und Bezos, in der Krise Hunderte Milliarden Dollar scheffeln.

Die Forderungen am 1. Mai nehmen sich vor diesem Hintergrund bescheiden aus: «Kein

Lohn unter 4000 Franken» oder «Applaus reicht nicht» verlangten die Teilnehmer:innen der Online-Diskussionen und Plattformen, sowie die Demonstrierenden, die sich in einigen Städten in kleineren Gruppen versammelten.

Am 1. Mai wussten wir noch nicht, was die Swiss nur wenige Tage später bekannt geben würde: 600 weitere Stellen will der Konzern abbauen, 780 Menschen dürften davon betroffen sein. Am härtesten trifft es mit minus 400 Stellen das Kabinenpersonal. Das ist ein Hohn für alle Arbeitnehmenden, allen voran das Kabinenpersonal, das bereits im letzten Herbst in den Verhandlungen mit der Swiss bedeutende Zugeständnisse gemacht hatte. Es ist noch nicht lange her, da bezog die Swiss gar Milliardenkredite und zahlte Dividenden sowie den Top-Managern Boni aus. Es ist definitiv Zeit für die soziale Wende!



Trotzen dem Regen: Demonstrierende am 1. Mai in Aarau (links) und Le Locle (rechts).

SOLIFONDS HILFT ERDBEERPFLÜCKERINNEN

Erdbeeren aus Spanien sind seit Dezember erhältlich – und niemand scheint sich mehr daran zu stören. Doch Tausende Erdbeerpflückerinnen im südspanischen Huelva arbeiten unter ausbeuterischen Bedingungen. Der Mindestlohn von 48 Euro pro Tag wird oft nicht eingehalten und sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz sind Alltag. Die Erntehelferinnen leben auf engem Raum, teilweise zu acht in Containern aus Blech oder in behelfsmässig gebauten Hütten. Die Landarbeiterinnengewerkschaft SOC-SAT

unterstützt die Erntehelferinnen. Keine einfache Aufgabe, da viele Angst haben, ihren Arbeitgeber anzuzeigen. Die meisten verfügen bloss über eine befristete Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung.

Dennoch trägt die Gewerkschaftsarbeit Früchte. Vermehrt trauen sich Arbeiterinnen, Anzeige zu erstatten. Mithilfe des Solifonds will die spanische Gewerkschaft die Präsenz mit einem Gewerkschaftslokal stärken. Damit werden Beratungen in einem geschützten

Rahmen möglich. Der Solifonds unterstützte dies mit seiner 1.-Mai-Aktion, damit Erdbeeren frei von Ausbeutung angebaut werden.

→ solifonds.ch

SOLIFONDS

Schnell und einfach vegan

SABINE SIEBER HIRSCHI KOCHT, WAS DIE GÄSTE AM LIEBSTEN MÖGEN: OB AYURVEDISCH ODER VEGETARISCH, DER GASTGEBERIN IM ALTEN STEINSHOF IN STERNENBERG SCHEINT ALLES LEICHT VON DER HAND ZU GEHEN. EBENSO ÜBERZEUGEND SCHMECKT DAS VEGANE GERICHT, DAS SIE DER LINKS-REDAKTION AUFTISCHT. Pia Wildberger

Wenn Gäste zum Frühstück fragen, was sie zum Mittagessen koche, zuckt Gastgeberin Sabine Sieber Hirschi manchmal mit den Schultern. Die Inspiration findet sie spontan im Kühlschrank – und in den Gärten der Bäuerinnen in der Nachbarschaft. In ihrem Seminarhotel Alter Steinhof im idyllischen Sternenberg beherbergt sie bis zu 21 Personen.

Wenn ein Gast Fleisch bevorzugt, tischt Sabine entweder Lamm vom eigenen Hof oder Wild aus der Gegend auf. Klimaneutral kochen bedeutet «kurze Wege, saisonales Angebot, viel Gemüse, keine Abfälle», sagt Sabine Sieber, die als versierte Köchin und ehemalige Hauswirtschaftslehrerin so manchen Schüler:innen das kleine und grosse ABC der Küche beigebracht hat.

Manchmal pressiert's

Sabine Sieber kocht vielfältig und auf die Gäste abgestimmt. Wer ayurvedisch oder nach den fünf Elementen essen möchte, kommt ebenso auf seine Kosten wie Veganer:innen oder

Allergiker:innen. «Mich interessieren die unterschiedlichen Küchen», sagt die 61-Jährige, die ihre Gäste im «Arven-Stübli» mit Charme, Witz und Können bewirbt. Sie setzt sich denn auch fundiert mit verschiedenen Ernährungsformen auseinander und kann vielen Zubereitungsarten etwas abgewinnen.

Der Alte Steinhof ist für seine feine Küche bekannt. Das vegane Gericht aus regionalen Produkten (siehe Rezept) schmeckt nicht nur ausgezeichnet, sondern ist auch schnell zubereitet. Auch das ist wichtig, denn Sabine Sieber Hirschi führt den Betrieb fast alleine. Da bleibt für vieles nur wenig Zeit. Zwar gab sie ihr Amt als SP-Kantonsrätin ab, ebenso ihr Gemeindepräsidium von Sternenberg, das mit der Nachbargemeinde fusioniert hat. Doch kürzlich wurde sie bravourös als erste SP-Frau in den Bezirksrat Pfäffikon gewählt. Sabine Sieber Hirschi bleibt, was sie schon immer war: Eine Macherin in Küche, Politik und Gesellschaft.

→ alter-steinhof.ch



Sabine Sieber Hirschi in ihrer Küche, in der sie erstaunliche Menüs hervorzaubert.

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Wir wissen es alle: Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein grosser Teil der Ernte im Abfall, wobei am meisten Food-Waste in Privathaushalten anfällt. Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir nachhaltig kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierte Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

Veganes Pastinakenpüree mit Randenragout

Zutaten für 4 Personen:

- 8 Pastinaken
- 4 rohe Randen
- 1 Zwiebel
- 1 Bund Bärlauch oder Frühlingszwiebeln
- 1 dl kaltgepresstes Rapsöl
- 1 Handvoll Grünkerne
- 1 Handvoll Haselnüsse
- 3 dl Gemüsebouillon

Pastinakenpüree

Pastinaken schälen, in grobe Würfel schneiden, im Salzwasser oder im Dämpfer 20 Minuten weichkochen, danach Wasser abgiessen. Pastinaken mit Salz, Pfeffer, Paprika würzen; Rapsöl dazugeben und alles pürieren. Mit Bärlauch oder angedämpften Frühlingszwiebeln garnieren.

Randenragout

Zwiebel hacken, Randen schälen und in halbe Scheiben schneiden, zusammen in wenig Öl andämpfen. Grünkerne, gemahlener Kreuzkümmel, Salz und Pfeffer zugeben; mit Gemüsebouillon ablöschen und 20–30 Min. köcheln. Haselnüsse hacken und leicht rösten, als Garnitur darüberstreuen, falls vorhanden einige Tropfen Nussöl darüber träufeln.



5 Fragen an Veryan Thommen

MIT EINEM BEIN IM BERUF UND DIE KINDER AM ROCKZIFTEL: NEUMITGLIED VERYAN THOMMEN, 34, WEISS, WAS DER SPAGAT ZWISCHEN JOB UND FAMILIE BEDEUTET.

1. Warum bist du der SP beigetreten?

Politik interessiert mich schon lange, ich komme aus einer politisch interessierten Familie. Für den Stadtrat von Biel kandidierte ich zwar ohne Erfolg, aber mit einem guten Resultat. Und ich bekenne mich zur SP, weil es für mich die einzige Partei ist, die sich konsequent für die Gleichstellung einsetzt.

2. Was hat dich für das Thema Gleichstellung sensibilisiert?

Als ich Mutter wurde, schlossen sich viele Türen. Ich habe einen Master in Psychologie. Aber es wurde viel schwieriger, sich zu behaupten oder überhaupt eine Stelle zu finden. Ich bekam Absagen mit der Begründung, ich sei zu wenig flexibel. Meine Qualifikationen, meine Person – das interessierte niemanden mehr.

3. Geht die Rechnung am Ende des Tages auf?

Jein. Da rackert man sich von morgens bis abends ab, man leistet einen enormen Beitrag für die Gesellschaft, doch das wird weder anerkannt noch belohnt. Aber ab Schuljahr 2021/22 habe ich endlich eine Stelle als Heilpädagogin gefunden.

4. Wie erziehst du als Feministin deine drei- und sechsjährigen Töchter?

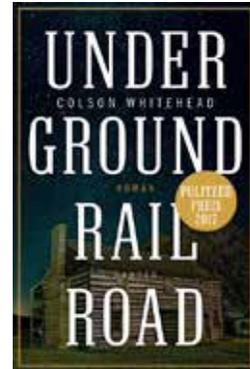
Ich versuche, keine Gender-Unterschiede zu machen. Stereotype Bemerkungen wie «die Jungs sind immer schneller» versuche ich zu erklären. Auch über Sexualität reden wir ohne Scham, die Mädchen können alle Körperteile benennen. Und die Ältere spielt genauso gerne Fussball wie mit Puppen.

5. Was hat es mit der Bar auf sich, die du in Biel mitbetreibst?

Vor fünf Jahren haben wir den Expo-Platz am See mit einer Bar wiederbelebt. Wir wollten zeigen, dass man auch im Ausgang nachhaltig konsumieren kann. Unser Credo beim Sortiment lautet bio, regional, saisonal. Mehr Nachhaltigkeit, mehr Klimaschutz – das wünsche ich mir auch von der SP.

Die Bar online: vereinfair.ch

WARUM BLACK LIVES MATTER AKTUELL BLEIBT



«Underground Railroad» von Colson Whitehead ist die Geschichte der siebzehnjährigen Sklavin Cora, die über ein unterirdisches Eisenbahnnetz aus einer Baumwollplantage in Georgia flüchtet. Coras Schicksal steht für eines der grauenvollsten Kapitel in

der Geschichte der Rassendiskriminierung in den USA, die bis heute andauert. Dies zeigen die Black-Lives-Matter-Proteste seit letztem Sommer. Der historische Roman ist brennend aktuell.

Die «Underground Railroad» (Untergrund-Eisenbahn) bestand von 1780 bis 1862, war aber allerdings kein reales Schienennetz, sondern eine Metapher für ein Netzwerk von Gegner:innen der Sklaverei, die Geflüchteten auf ihrem Weg in den Norden Hilfe und Zuflucht boten: «Conductor» stand für Fluchthelfer, «Station» für ein sicheres Haus, die Entflohenen waren Passagiere.

«Underground Railroad» macht das unsichtbare Netzwerk zum tatsächlichen Schienennetz, zeigt ansonsten aber den Umgang mit Schwarzen in den unterschiedlichen Bundesstaaten getreu der historischen Wirklichkeit. In South Carolina etwa schnuppert Cora die Luft der Freiheit – bis sie realisiert, dass freie Schwarze für medizinische Experimente missbraucht werden. In Indiana zieht sie auf eine von Schwarzen geführte Farm, bis ein weisser Mob diese niederbrennt.

Obschon die Erzählung Cora auf allen Etappen ihrer Flucht folgt, bleibt die Leserin ihr gegenüber distanziert. Womöglich aus Selbstschutz, weil Coras Geschichte grausam und ausweglos bleibt. Beinahe alle, die der jungen Frau helfen, sterben tragisch.

Cora lernt: Wengleich nicht jede Art von Ketten gleich eng anliegen – frei wird sie nie ganz werden. Es sah Ende des 19. Jahrhunderts so aus, als würden die USA der Sklaverei nie entkommen. Und tatsächlich sind die Strukturen der Unterwerfung in der schwarzen Bevölkerung bis heute tief verankert. «Underground Railroad» zeigt auf schmerzliche Weise, wie unendlich der Kampf gegen die Diskriminierung Schwarzer in den USA sich für die Nachfahren von Sklav:innen wie Cora anfühlen muss.

Anna Luna Frauchiger

«Underground Railroad» von Colson Whitehead, 2016 mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet, erhältlich in deiner Lieblingsbuchhandlung.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Doppelte Buchhaltung: Einführungskurs

D1.8.2112

23.–24. August 2021, Sigriswil,
Solbadhotel

Inhalt: Eine Vereinsbuchhaltung eröffnen (Eröffnungsbilanz), Geschäftsfälle verbuchen und die Jahresrechnung erstellen (Schlussbilanz und Erfolgsrechnung)

Referentinnen: Karin Baumann (Unia), Anna-Barbara Kappeler (Treuhanderin)

Basisseminar für Mitglieder von Personalvertretungen

D1.7.2103

24.–26. August 2021, Murten,
Hotel Murtenhof

Inhalt: Rollenverständnis, Aufgaben und Rechte einer Personalvertretung

Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Kurs für Mitglieder von Vorsorgekommissionen

D1.9.2105

8. September 2021, Bern,
Hotel Bern

Inhalt: Drei-Säulen-System, Aufgaben, Zusammenarbeit mit dem Stiftungsrat

Referenten: Sabino Di Mambro (eidg. dipl. Pensionskassenleiter), Roman Kahr Finanzplaner mit Fachausweis)

Faire Personalbeurteilung

D1.7.2111

9.–10. September 2021, Sigriswil,
Solbadhotel

Inhalt: Übersicht über verschiedene Personalbeurteilungssysteme, Kriterien für eine faire Beurteilung, Gestaltungsfelder und Einflussnahme der Personalvertretung

Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Geldsorgen bei Arbeits- unfähigkeit – wie weiter?

D1.8.2116

14.–15. September 2021, Vitznau,
Hotel Flora Alpina

Inhalt: Funktionsweise, Leistungen, Anspruchsvoraussetzungen und Finanzierung von UV, KV und IV, politische Streitfelder, Zukunftsperspektiven und gewerkschaftliche Positionen

Referent: Ruzhdi Ibrahim (Unia)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich.

AGENDA 2021

5. JUNI 2021

Fest 50 Jahre Frauenstimmrecht in Unterbäch VS

12. JUNI 2021

Mitgliederkonferenz SP 60+, online

19. JUNI 2021

Delegiertenkonferenz der SP Migrant*innen

Bis 1. Juni anmelden!

28. AUGUST 2021

Ausserordentlicher Parteitag SP Schweiz, in St. Gallen

23. OKTOBER 2021

Mitgliederversammlung SP Frauen*, in Lausanne

Aktuelle Infos unter www.spschweiz.ch/agenda



FEST ZU 50 JAHREN FRAUEN- STIMMRECHT

Im Walliser Dorf Unterbäch ereignete sich 1957 Unerhörtes: Die Frauen durften an der Urne ihre Stimme abgeben! Erst 14 Jahre später wurde das Frauenstimmrecht tatsächlich und schweizweit eingeführt. Zum 50-Jahr-Jubiläum organisiert die SP darum am 5. Juni 2021 in Unterbäch ein Fest, das in Auszügen live übertragen und mit einer Videoproduktion dokumentiert wird. Am Wochenende vom 5./6. Juni 1971 fanden die ersten eidgenössischen Urnengänge statt, an denen auch die Schweizerinnen teilnehmen durften.

Das Programm ist vielversprechend: Bundesrätin Simonetta Sommaruga nimmt sich Zeit für einen Abstecher ins Wallis, ebenso die Altbundesrätin Ruth Dreifuss und die Aktivistin der Frauenbefreiungsbewegung Claudia Honegger. Vor Ort werden sie von unseren Präsidentinnen Mattea Meyer, Tamara Funicello, Martine Docourt und Ronja Jansen empfangen. Musik und Verpflegung dürfen natürlich ebenso wenig fehlen wie pointierte Diskussionen und Fragerunden.

Sei dabei und schalte dich zu zum Livestream am 5. Juni ab 14 Uhr unter [sp-ps.ch](https://www.spschweiz.ch)

ERFOLGREICHER PFLEGE GIPFEL

Im März führte die SP Schweiz einen Gipfel zum Thema Pflege durch. Rund 600 Personen nahmen am der Online-Veranstaltung teil. Auf dem Podium vertraten Pflegefachleute, Politiker:innen und Gewerkschaftsvertreter:innen die Anliegen der Pflege und forderten «Mehr Zeit, mehr Geld, mehr Anerkennung». Willst du diese Anliegen unterstützen? Bestelle die Stofftasche und zeige deine Solidarität mit dem Pflegepersonal im Alltag!

Werbung



GROUPS.SWISS



GROUPS
DAS ZUHAUSE FÜR GRUPPEN

www.groups.swiss



800 Ferienhäuser und Hotels in Europa für Familien und Gruppen, Freizeit und Beruf

Groups AG · Spitzackerstrasse 19 · CH-4410 Liestal · +41 (0)61 926 60 00

KLIMAGERECHTIGKEIT

JA ZUR



JA ZUM

CO₂-GESETZ